



Die Bundespolitik hat direkte Auswirkungen auf die Luzerner Gemeinden.

Gemeinden und nationale Politik

Luzerner Gemeindesicht im Bundeshaus

Sieben Mitglieder von Luzerner Gemeinde- und Stadträten kandidieren auf Hauptlisten für einen Sitz im Nationalrat. Der Verband Luzerner Gemeinden VLG empfiehlt sie zur Wahl. Dadurch können die Gemeinden direkt im Bundesparlament Einfluss nehmen – dort, wo die grossen Weichen gestellt werden.

«Den Letzten beißen die Hunde»: Diese Redewendung ist von Gemeindepolitikerinnen und -politikern regelmässig zu hören. Immer wieder wird kritisiert, dass die Bundespolitik bei ihren Beschlüssen zu wenig an die Auswirkungen auf die Gemeinden denkt.

Das Auge für die Gemeinden

Das bestätigt der Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes, Christoph Niederberger, im Interview mit der **gazette**: «Die Erfahrung der Gemeinden und Städte verspricht ein sicheres politisches Auge für die entscheidenden Details, welche die Gemeinden betreffen.» (Seiten 4 und 5). In der letzten Legislatur habe sich der Einsatz der Gemeindevertre-

rinnen und -vertreter im Bundesparlament mehrfach gelohnt. Als Beispiel nennt Niederberger die Neufinanzierung der Gesundheitsleistungen EFAS. Wenn es schlussendlich gelingen dürfte, dass der Pflegebereich aufgenommen werde, sei das ein grosser Erfolg für die Kommunen. «Sie würden so finanziell stark entlastet und wären mehr als reiner Restkosten-Finanzierer.»

Sieben Personen aus fünf Parteien

Deshalb empfiehlt der Verband Luzerner Gemeinden sieben aktive Exekutivpolitikerinnen und -politiker aus fünf Parteien zur Wahl in den Nationalrat. Die **gazette** stellt sie auf den Seiten 2 und 3 vor. Der VLG hat sich bei den Wahlempfeh-

lungen auf die Hauptlisten der Parteien beschränkt. Selbstverständlich freut er sich auch über Kandidierende der Unterlisten. Es ist positiv, dass sich auch Gemeinderatsmitglieder für die zahlreichen Unterlisten motivieren lassen. Je mehr Gemeindekompetenz umso besser!

Luzerner Stimme im SGV

Kaum bekannt, aber wirkungsvoll ist die direkte Vertretung von Luzern im Vorstand des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Diese Aufgabe nimmt mit Begeisterung seit einigen Jahren VLG-Vizepräsident Beat Bucheli wahr. Das liegt im Interesse der Luzerner Gemeinden, wie Bucheli im Gespräch über seine Arbeit berichtet (Seite 6).

Gemeinden und nationale Politik

Diese sieben Gemeinderätinnen und Geme



Sibylle Boos-Braun

Gemeindepräsidentin
Malters
Kantonsrätin
VLG-Präsidentin
FDP, Liste 6



Thierry Carrel-Dahinden

Sozialvorsteher
Vitznau
FDP, Liste 6



Pius Kaufmann

Gemeindeammann
Escholzmatt-Marbach
Kantonsrat
Die Mitte, Liste 3

Alle schwärmen von der Gemeinde als schönste politische Ebene. Warum also der Sprung ins «Haifischbecken» Nationalrat?

Viele in Bern beschlossenen Gesetze müssen in den Kantonen und Gemeinden umgesetzt werden. Daher ist es wichtig, dass im NR auch Gemeindevertreter mitbestimmen. Beide Ämter sind zudem gut kombinierbar.

Damit die Gemeinde die schönste politische Ebene bleibt, muss der Bund die richtigen Rahmenbedingungen schaffen – zum Beispiel in der Asyl-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darauf will ich Einfluss nehmen.

Bern braucht Parlamentarier, die Erfahrung auf kommunaler und kantonaler Ebene haben. Entscheidungen müssen nah am Bürger, finanziell tragbar und umsetzbar sein – wie in der Gemeindepolitik.

Was wollen Sie in Bern für die Gemeinden erreichen? Oder einmal in Bern ist die Gemeindeebene vergessen?

Als VLG-Präsidentin sind mir die Herausforderungen der 80 Luzerner Gemeinden und unserer Wirtschaft bestens bekannt. Mit diesem Wissen werde ich mich in Bern für unseren Kanton und unser Land aktiv einbringen.

Der Föderalismus und die Gemeindeautonomie sind zwei tragende Pfeiler für das Erfolgsmodell Schweiz. Bund, Kantone und Gemeinden müssen ihre Stärken weiterhin im erfolgreichen Zusammenspiel einsetzen.

In vielen Bereichen werden die Grundlagen auf Stufe Bund geschaffen mit direkten Auswirkungen für die Gemeinden. Die Gemeinden als Teil des Föderalismus brauchen eine starke und erfahrene Stimme in Bern.

Was könnte Ihr erster Vorstoss in Bern im Interesse der Gemeinden sein?

Meinen im Sommer im Kanton eingereichten Vorstoss zur Beschleunigung des Einsprache- und Beschwerdeverfahrens bei Baubewilligungsverfahren: Das bedingt scheinbar eine Anpassung des Bundesgesetzes.

Im Alleingang ist in Bern nichts zu erreichen. Ich würde mich der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik anschliessen. Dort werden die Interessen der Gemeinden wahrgenommen und Vorstösse lanciert.

Die Grundversorgung wurde in den Bereichen Internet, Hausarztmedizin, Postdienst vernachlässigt und abgebaut. Es braucht eine gute Grundversorgung für alle in der Stadt und auf dem Land.

Einderäte wollen nach Bern in den Nationalrat



Gerda Jung

Sozialvorsteherin
Hildisrieden
Kantonsrätin
Die Mitte, Liste 3



Manuela Jost

Stadträtin und
Baudirektorin
Stadt Luzern
GLP, Liste 5



Gisela Widmer Reichlin

Bauvorsteherin
Adligenswil
Kantonsrätin
SP, Liste 2



Vroni Thalmann-Bieri

Sozialvorsteherin
Flühli
Kantonsrätin
SVP, Liste 1

Als Sozialvorsteherin und Kantonsrätin habe ich in den vergangenen acht Jahren «das Schwimmen und den Umgang mit grossen Tieren» geübt. Ich fühle mich gut gerüstet für das «Haifischbecken» Bundeshaus.

Ich engagiere mich seit 12 Jahren mit Begeisterung auf Gemeindeebene als Stadträtin. Nun möchte ich meine Erfahrung auf nationaler Ebene in Bern einbringen, für eine lösungsorientierte Politik.

Alle Luzerner Einwohner:innen sind angewiesen auf bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Krankenkassenprämien und möchten in einer intakten Umwelt leben. Dafür setze ich mich weiter ein.

Nach bald 20 Jahren als Sozialvorsteherin und 16 Jahre im Kantonsrat (davon eines als Präsidentin) habe ich meine Sporen abverdient und bin jetzt bereit, auf der nächsthöheren Stufe zu politisieren.

Die Finanzierung der Palliativpflege und der Betreuung von Demenzkranken ist aktuell nicht geregelt. Die Gemeinden müssen hier für die Finanzierung aufkommen. In dieser Frage braucht es eine gesetzliche Lösung.

Ich will mich für die rasche Realisierung des Durchgangsbahnhofs, eine wirkungsvolle Klima- und Energiepolitik sowie eine starke Wirtschaft zum Wohle aller einsetzen.

Ich ergreife Partei für eine faire Steuerpolitik, einen offenen Zugang zur Bildung, eine sichere Gesundheitsversorgung für alle, sowie eine sozialverträgliche Umwelt- und Verkehrspolitik. Adligenswil bleibe ich treu.

Ich will nicht nur für die Gemeinden etwas erreichen, sondern für die ganze Bevölkerung. Hauptanliegen: Die Versorgungssicherheit garantieren, insbesondere in Themen Gesundheit, Nahrung und Energie.

Ich möchte dazu beitragen, die oben beschriebene Gesetzeslücke zu schliessen und die Finanzierungsschlüssel von Pflege und Betreuung den jetzigen Anforderungen anzupassen.

Die Forderung nach rascher Projektierung des Bau- und Auflageprojekts des Durchgangsbahnhofs. Im Hinblick auf die Botschaft 2026 die Forderung nach der vollständigen Finanzierung des Durchgangsbahnhofs.

Vorstösse zur Beschleunigung der Strategie «Nachhaltige Entwicklung 2030» sind notwendig: Verstärkte Förderung emissionsarmer Energiesysteme, Förderung der Biodiversität und der Kreislaufwirtschaft.

Sicher einer, der die Gemeindeautonomie stärkt, wie es in unserer schönen Schweiz Tradition ist. Was genau, sehe ich dann, wenn ich in Bern die vorliegenden Dossiers studiert habe.

Gemeinden und nationale Politik

«Es ist wichtig, politische Arbeit aus den Gemeinden ins Bundeshaus zu bringen.»

Gemeinden und Städte müssen im National- und Ständerat weiterhin gut vertreten sein. Christoph Niederberger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes, wünscht sich aber, dass das Parlament die Entscheide noch stärker zu Ende denkt. Ein Gespräch über Bund, Gemeinden und Miliz.

gazette: Zuerst eine private Frage. Fand die Velotour ins Seetal schon statt, so wie Sie es an der GV des VLG in Hitzkirch angekündigt haben?

Christoph Niederberger: Leider nein, aber das Jahr ja ist noch nicht ganz zu Ende (lacht). Hingegen bin ich dieses Jahr mit dem Velo von Bern nach Luzern durchs Entlebuch gefahren. Für mich ist das eine Tour des Herzens.

Wichtiger als Velofahren ist für Sie jetzt wohl der 22. Oktober 2023?

Ja, die politische Erfahrung aus den Gemeinden und Städten ins nationale Parlament zu bringen, das ist sehr wichtig. Das verspricht ein sicheres politisches Auge für die entscheidenden Details, welche die Gemeinden betreffen.

Welcher Entscheid hat Sie in der zu Ende gehenden Legislatur besonders geärgert?

Während der Covid-Pandemie hat der Bundesrat viele Entscheide ohne jegliche Konsultation der direkt betroffenen kommunalen Ebenen gefällt. So etwa bei der Entschädigung von Kurzarbeit für öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken oder Pflegeheime. Das muss ein nächstes



Leidenschaft für Velofahren und Gemeindepolitik: SGV-Direktor Christoph Niederberger vor dem Bundeshaus

Mal grundsätzlich anders laufen. Der Schweizerische Gemeindeverband wird dies bei der anstehenden Revision des Epidemien-gesetzes dezidiert einbringen.

Und was ist für den SGV besonders gut gelaufen?

Wenn bei der umfassenden Neufinanzierung der Gesundheitsleistungen EFAS der ganze Pflegebereich mitaufgenommen wird, dann ist das für die Gemeinden und Städte ein fundamentaler Schritt. Sie würden so finanziell stark entlastet und wären mehr

als reiner Restkosten-Finanzierer. So hätte sich unsere politische Arbeit in den letzten vier Jahren mehr als bezahlt gemacht.

«Die Umsetzung der Energiestrategie wird uns aus kommunaler Sicht weiterhin beschäftigen.»

«Wenn bei der umfassenden Neufinanzierung der Gesundheitsleistungen EFAS der ganze Pflegebereich mitaufgenommen wird, dann ist das für die Gemeinden und Städte ein fundamentaler Schritt.»



Hat die kommunale Sicht im Bundesparlament zu wenig Gewicht?

Nein, nicht unbedingt. Viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier kennen die Gemeinden aus der eigenen politischen Arbeit. Das erdet sehr. Für mich ist wichtig, dass man die politischen Entscheide zu Ende denkt. Hier gibt es beim nationalen Parlament Verbesserungspotenzial ...

... obwohl Ihr Verbandspräsident im Ständerat sitzt, genauso wie viele amtierende Stadt- und Gemeinderatsmitglieder?

Man kann nicht erwarten, dass immer alles nach den eigenen

politischen Vorstellungen abläuft. Es braucht immer Kompromisse. Im Grossen und Ganzen würdigt man die Interessen von Gemeinden und Städten im nationalen Parlament aber angemessen. Das ist auch das Verdienst unserer Arbeit.

Wie gross ist die Gemeinde-deputation eigentlich?

In der aktuellen Legislatur politisieren rund 180 aktuelle oder ehemalige kommunale Behördenmitglieder aus allen parteipolitischen Lagern im nationalen Parlament. Wir sind also in Bundesbern sehr gut vertreten. Als nationaler Verband machen wir keinen Wahlkampf für Kandidatinnen und Kandidaten. Ich persönlich unterstütze aus Überzeugung alle Kandidierenden mit Gemeindeerfahrung. Etwa über die sozialen Medien.

«Man kann nicht erwarten, dass immer alles nach den eigenen politischen Vorstellungen abläuft.»

Welche für die Gemeinden wichtigen Entscheide stehen in der nächsten Legislatur an?

Die Umsetzung der Energiestrategie wird uns aus kommunaler Sicht weiterhin beschäftigen. Es ist wichtig, dass man die Bevölkerung vor Ort in die Prozesse einbezieht. Es geht um Ausgewogenheit zwischen Schutz und Nutzen. Auch steht wohl eine grosse neue Diskussion über die Aufgabenteilung zwischen Bund und den Kantonen an. Hier müs-

sen sich Gemeinden und Städte stark einbringen. Denn es geht auch um unsere Interessen.

Ist das Milizsystem in der Kommunalpolitik an seine Grenzen gestossen?

Nein, keinesfalls. Die Alternative wäre eine vollständige Professionalisierung. Und das ist nicht realistisch. Das heutige Milizsystem ist meines Erachtens alternativlos. Natürlich benötigt es gewisse Anpassungen. Etwa bei der Besoldung. Auch die Digitalisierung kann durch mehr Effizienz viel Positives bringen.

In den Medien wird oft suggeriert, ein Gemeinde- oder Stadtratsmandat sei nicht mehr attraktiv.

Ist das so?

Nein, Kommunalpolitik ist nach wie vor attraktiv. Als Exekutivmitglied kann man vieles erreichen. Man kann seine Gemeinde, seine Stadt in ihrer Entwicklung beeinflussen. Was will man mehr in der Politik? Natürlich braucht es auch einen grossen persönlichen Einsatz.

Aber warum hat denn der SGV das sogenannte Gemeinderatszertifikat lanciert?

Der Schweizerische Gemeindeverband hat 2018 das Jahr der Milizarbeit gefeiert. Dabei sind wir zum Schluss gelangt, dass es vor, während und nach dem Amt verschiedene Massnahmen braucht, um die Milizarbeit attraktiver zu machen. Das Zertifikat für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte unterstützt den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Es ist eine Art Auszeichnung für die geleistete politische Arbeit.

Der VLG nahe an der Bundespolitik

Der Verband Luzerner Gemeinden VLG hat aktuell das Privileg, dass er mit Vizepräsident Beat Bucheli im Vorstand des Schweizerischen Gemeindeverbandes vertreten ist. Damit ist der VLG über die aktuellen und künftigen Entwicklungen in der Bundespolitik bestens informiert.

Der Schweizerische Gemeindeverband SGV als Dachorganisation der Gemeinden ist in der nationalen Politik ein wichtiger Player. Er wird von einem 15 Personen umfassenden Vorstand geführt. Es sind Mitglieder kommunaler Exekutivbehörden, Vorstandsmitglieder von politischen Gemeindevereinigungen sowie Angehörige der eidgenössischen Räte mit kommunalpolitischer Erfahrung. Die Kantone haben keinen Anspruch auf einen garantierten Sitz. Bei der Zusammensetzung des Vorstandes sind die sprachlichen, politischen und regionalen Unterschiede des Landes angemessen zu berücksichtigen. «Dass wir mit Beat Bucheli aktuell in diesem Leitungsgremium vertreten sind, ist für den Wissenstransfers eine grosse Chance», sagt VLG-Geschäftsführer Ludwig Peyer. Bucheli ist Gemeindepräsident von Werthenstein und im VLG Vizepräsident sowie Finanzchef.

Wie funktioniert die Arbeit?

«Der Vorstand tagt in Bern auf der Geschäftsstelle normalerweise vier Mal pro Jahr», erläutert Beat Bucheli seine Arbeit. Fast an jeder Sitzung werde ein aktuelles Geschäft, das in Bern im Nationalrat oder Ständerat beraten werde, von Spitzenleuten aus der Bundesverwaltung dem Vorstand vorgestellt. Weiter behandelt der Vorstand die Stellung

zu den laufenden politischen Geschäften wie die Migrationslage, die Umsetzung der OECD Steuern oder die Energieversorgung. Dazu kommen die vielen laufenden Projekte des SGV und die üblichen Vereinsgeschäfte wie Personelles, Jahresbericht oder Budget.

Der SGV organisiert einmal jährlich eine Zusammenkunft mit allen deutschsprechenden kantonalen Gemeindeorganisationen. Hier werden aktuelle Bundesthemen diskutiert. Die kantonalen Verbände tauschen sich an diesem Treffen auch über ihre eigenen Aktualitäten aus. Dazu kommt ein jährliches Treffen aller deutsch-, französisch- und italienischsprachigen kantonalen Verbände. Beide Veranstaltungen dauern je einen Tag.

Beachtlicher Aufwand

Die Auseinandersetzung mit der ganzen Bandbreite nationaler Themen bezeichnet Bucheli als «spannend und herausfordernd zugleich». Die Geschäftsstelle leiste aber beste Vorarbeit. In der Regel fasse sie die Geschäfte als Fact-sheet zusammen und formuliere auch die Position des SGV. «Über diese Positionen wird beraten und allenfalls Einfluss genommen.»

Seinen Zeitaufwand pro Sitzung mit Vor- und Nachbereitung beträgt je nach Traktandenliste zwischen 8 bis 12 Stunden. Er leiste diesen Aufwand aber gerne. «Einerseits ist es sehr interessant und spannend zu sehen, wie sich gewisse Geschäfte entwickeln. Andererseits ist es immer wieder gut zu wissen, dass alle anderen den Kaffee auch nur mit Wasser machen.» Eine grosse Chance sei das Netzwerk in die verschiedenen Regionen. «Und nicht zuletzt kann man in diesem Gremium lernen, wie die Politik in Bern funktioniert.»



Jetzt wird getestet

Im Frühling 2024 soll das Service-Portal von Kanton und VLG zur Verfügung stehen. Die Arbeiten laufen auf Hochtouren. Aktuell testen zehn Gemeinden wo die Risiken und Chancen in ausgewählten Prozessen liegen – ein sogenannter Proof of Concept.

Im Proof of Concept werden aktuell folgende Services betrachtet und zumindest als Prototyp umgesetzt:

- An- und Abmeldung sowie Adressänderung Gemeinde sowie Drittmeldepflicht.
- Wohnsitzbestätigung bestellen.
- Hund an- oder abmelden.
- Bestellung Zivilstandsdokumente.
- Bestellung Betriebsregisterauszug.
- Terminvereinbarung Gemeinde.
- Bauantrag einreichen.
- Wasserzählerstand melden.

Zehn Gemeinden testen

Zur Umsetzung des Proof of Concept wurde ein Gremium mit Vertretern und Vertreterinnen aus zehn Gemeinden gebildet, welche die Umsetzung beurteilen und die Anforderungen mit definieren. Projektleiter ist Wolfgang Zimmermann. Er arbeitet als Projektleiter bei der Stadt Luzern und ist für die Umsetzung des Service-Portals in einem Pensum an den Verband Luzerner Gemeinden als Projektleiter ausgeliehen.

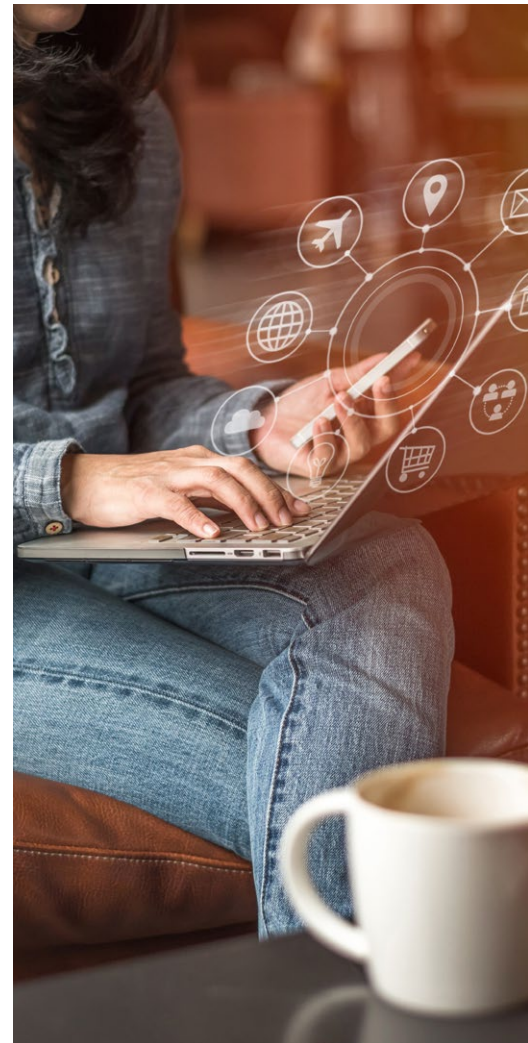
Ganz konkrete Fragen

Parallel mit der rein technischen Prüfung der Anbindungen von Gemeindeservices an das Service-Portal (PoC) wird das Projektteam Gemeindeservices auch die rechtlichen und formellen

Rahmenbedingungen der ausgewählten Services für die PoC genauer anschauen. Es sind viele Fragen zu klären, beispielsweise wie die für einen Service ersichtlich ist. Muss das zwingend die einzelne Gemeinde sein oder sogar noch detaillierter eine bestimmte Abteilung einer Gemeinde? Kann das auch der Kanton Luzern im Auftrag der Luzerner Gemeinden sein, dann erhalten gesetzliche Vorgaben weitere Bedingungen betreffend der Leistungserbringung an die Bürgerinnen und Bürger, die im digitalen Angebot anders zu handhaben sind als in der analogen Interaktion.

80 Gemeindesiegel?

Das Projektteam Gemeindeservices wird diese Themen ebenfalls vorbereiten und dem VLG die bestmöglichen Lösungsansätze auch unter Einbezug der zukünftigen Kosten für den Betrieb und die Wartung digitaler Services unterbreiten. Aktuell wird eine Lösung angestrebt, bei der nicht 80 Siegel, 80 Logos und 80 Absenderadressen eingepflegt und unterstützt werden müssen. Das Ziel eines gemeinsamen, kundenzentrierten Service-Portals – in erster Linie für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern und der Luzerner Gemeinden – wäre hiermit nicht gegeben.



Haben Sie Fragen?

Bei Fragen rund um den Proof of Concept oder auch für Inputs, Ideen und Rückmeldungen aus den Gemeinden kann man sich gerne direkt an Projektleiter Wolfgang Zimmermann wenden: wolfgang.zimmermann@stadtluzern.ch



Die zusätzlichen Mittel müssen fair aufgeteilt werden.

Finanzausgleich

Wichtig für die Gemeinden

Das Finanzausgleichsgesetz wird revidiert. Der Kanton und der VLG haben eine paritätische Projektorganisation gebildet.

Auslöser der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes ist eine absehbare zu starke Belastung des Kantons und der finanzstarken Gemeinden. Dies aufgrund eines erheblichen Wachstums der Steuererträge, insbesondere bei den juristischen Personen. Ohne Justierungen am heutigen Mechanismus dürfte die innerkantonale Solidarität über die Massen belastet werden. Der Regierungsrat und der Verband Luzerner Gemeinden sind sich einig, dass dies verhindert werden muss. Modellrechnungen zeigen, dass sich die Aufwendungen des Finanzausgleichs für den Kanton und die finanzstarken Gemeinden – ohne Gegenmassnahmen – von 2024 auf 2028 praktisch verdoppeln.

Rechtzeitig handeln

Ziel des lancierten paritätischen Projekts ist deshalb die Sicherstellung eines stabilen und finanzierbaren Finanzausgleichs. Die ressourcenschwachen Gemein-

den sollen weiterhin mit steigenden Zahlungen des Finanzausgleichs vom Wachstum des Kantons und einzelnen Gemeinden profitieren und die ressourcenstarken Gemeinden dürfen nicht übermässig belastet werden.

Vertretung der Gemeinden

Die Projektorganisation gibt Gas. Noch dieses Jahr soll ein Entwurf einer Gesetzesrevision zur Vernehmlassung kommen. Die Projektorganisation ist paritätisch zusammengesetzt. Seitens VLG sind in der Projektsteuerung Markus Kronenberg, Bereichsleiter Finanzen VLG und die städtische Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub mit von der Partie. In der Projektgruppe besteht die Gemeindedelegation aus: Roger Brunner, Finanzverwalter Stadt Luzern; Hans-Ruedi Jung, Gemeinderat Horw; Daniel Bammer, Stadttammann Willisau; Fredy Röösl, Gemeindeammann Werthenstein.

Cybersicherheit

Eine vom Verband Luzerner Gemeinden VLG mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement organisierte Veranstaltung widmete sich dem Thema Cybersicherheit. Die Veranstaltung wurde von 80 Personen besucht, was klar das Interesse des Themas hervorhebt. Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, machte insbesondere Stefan Frank, Cyberbeauftragter des Kantons Luzern, deutlich. Schonungslos war seine Analyse: Viele Gemeinden seien nicht krisenfest aufgestellt, hätten keine Schulungen für das Personal, seien mit externen IT-Dienstleistern ungenügend abgesprochen und verfügten über keine praxisnahe Erfahrungen.

Mit dieser Analyse wollten Frank und der VLG aber nicht entmutigen. Im Gegenteil, sagt Frank: «Das sehr wichtige und anspruchsvolle Erhöhen der Cybersicherheit ist ein kontinuierlicher Prozess – bleiben wir gemeinsam dran!» In diesem Sinn vermittelten Fachleute an diesem Nachmittag Hintergrundinformationen und wertvolle Tipps.

Impressum

Herausgeber:

Verband Luzerner Gemeinden VLG
Hirschmattstr. 36, Postfach, 6002 Luzern
Telefon 041 368 58 10, info@vlg.ch

Ausgabe: gazette Oktober 2023

Konzept/Texte/Redaktion: Ludwig Peyer, Kurt Bischof

Fotos: zvg, gettyimages

Gestaltung/Produktion: bischof | meier und co, Hochdorf

Druck: Meyer Rottal Druck AG, Ruswil

Auflage: 1000 Exemplare